

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Liegenschaftsausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 29.10.2018	Beginn 17:00 Uhr	Ende 18:50 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf

Mitglieder SPD

Hortolani, Frauke Dr.

Vertretung für Herrn Alexander
Kretschmer

Mitglieder

Philipp, Gerd
Schier, Saskia Jacqueline

Vertretung für Herrn Konstantin
Hols

Grüntker, Hermann
Krause, Elmar-Björn
Lenz, Heinz-Jürgen
Müller, Michael

Vertretung für Herrn Hans-Otto
Lusebrink

Kummer-Dörner, Sabine Dr.
Zachow, Rainer
Burbulla, Johanna
Kuhnert, Frank

Vertretung für Herrn Jürgen Senge

Vertretung für Herrn Klaus
Kappelhoff

Vorsitzender

Schwunk, Michael

stellv. Vorsitzender

Schier, Klaus Peter

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Weißer, Monika

Abwesend:

Mitglieder

Hols, Konstantin
Kretschmer, Alexander
Lusebrink, Hans-Otto
Senge, Jürgen
Kappelhoff, Klaus

beratende Mitglieder

Asci, Ekrem

stellv. Vorsitzender

Pfeffer, Jörg

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 4 Mitteilungen
- 5 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung
- 6 Antrag der CDU-Fraktion "Fläche Rote Berge" vom 27.08.18 153/2018/1
- 7 Ehemaliger Spielplatz Hagener Straße 181/2018
- 8 Beratung des Etatentwurfs 2019 156/2018/2
- 9 Zentralisierung
- 10 Gustav-Heinemann-Schule
- 11 Bürgerbudget-Anträge

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Der Vorsitzende, Herr Schwunk, begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Liegenschaftsausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt Herr Schwunk fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

3 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

Ein Anwohner aus der Hagener Straße schildert die Situation, dass Kinder jetzt über den Zebrastreifen zum Spielplatz Martfeld gehen müssen; Geschwindigkeitskontrollen auf der Hagener Straße aber Messungen bis 70 km/h ergaben, so dass die Kinder nun Gefahren durch den Straßenverkehr ausgesetzt sind. Weitere Stellplätze für Bauherren können nicht errichtet werden, weil das Gelände zu steil sei. Im Winter müsse gestreut werden, der Streifen an der Treppe müsse gepflegt werden. Deshalb glaube er nicht, dass das Grundstück zu verkaufen sei.

Herr Schweinsberg bittet, den TOP 7 abzuwarten und verweist auf die dortige Vorlage, nach der zunächst die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Ein weiterer Anwohner aus der Hagener Straße erläutert, dass er damals im Rahmen seines Bauantrages ein Gutachten vom Bergbauamt hätte vorlegen müssen. Demnach gäbe es einen Erzstollen und es handele sich um aufgeschüttetes Gelände. Auch er verweist auf einen Stellplatz pro Wohneinheit. Alle diese Sachen müssten im Vorfeld geprüft werden.

Herr Schweinsberg verweist erneut auf den TOP 7.

4 Mitteilungen

Herr Schweinsberg unterrichtet zu folgenden Themenbereichen:

Arbeitskreis Bäder:

Der Arbeitskreis Bäder hat - wie der Presse zu entnehmen war - inzwischen zweimal getagt und sich sehr deutlich positioniert. Die Verwaltung wird die Positionen zur Ratssitzung im November zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Gebäude Rennbahn:

Zwischenzeitlich liegt die Liste der geförderten Projekte vor. Das Gebäude an der Rennbahn findet mit 255.000 Euro Berücksichtigung. Besonders erwähnenswert ist hierbei die Tatsache, dass nicht einfach eine Umkleidekabine gefördert wird. Vielmehr wird durch die Anbindung des Jedermann Spielfeldes eine Fläche mit hohen sozialpolitischen Möglichkeiten geschaffen. Auf der Anlage an der Rennbahn können sowohl vereinsgebundene als auch Freizeitsportler ihrem Hobby nachgehen und besonders Jugendliche finden einen Anlaufpunkt. Daher richtet der FB 4 auch ein hohes Augenmerk auf die Entwicklung der Fläche und des Gebäudes. Die Gesamtkosten werden sich auf rund 445.000 Euro belaufen.

Haus Martfeld:

Aktuell verfolgt die Verwaltung zwei große Projekte im Haus Martfeld – zumindest aus Sicht des IM -.

Im ersten Projekt geht es im Wesentlichen um die Herstellung eines barrierearmen Zugangs durch den Einbau eines Aufzuges. Hierfür wurde ein Förderantrag gestellt, der allerdings abschlägig beschieden wurde. Jedoch unterstützt die Erfurt-Stiftung in Kooperation mit der Sparkasse Schwelm diese Maßnahme maßgeblich. Die Gesamtkosten betragen rd. 332.000 Euro brutto einschließlich Nebenkosten.

Das zweite Projekt betrifft nicht minderwichtig die Maßnahmen Sanierung Dach/Fassade/Fenster. Auch hier wurde ein Förderantrag gestellt. Die Gesamtkosten betragen rd. 645.000 Euro brutto einschließlich Nebenkosten.

Herr Lenz (CDU) bezieht sich auf die Anmerkungen zur Sportanlage Rennbahn und fragt nach, ob es bei der intensiven Vereinssportnutzung überhaupt noch ein Zeitfenster für Jedermann Sport gibt und wie die Gelder im Rahmen der Etatberatungen in den Haushalt einfließen sollen.

Herr Schweinsberg erläutert, dass die Anlage überwiegend vom Vereinssport genutzt wird, aber auch die Bevölkerung insbesondere die untere Fläche gut besuchen würde. Er habe keine Informationen über eventuelle Konflikte.

Herr Zachow (Die Linke) behauptet, dass keine Nutzung für „Jedermann“ erlaubt sei, weil „Jedermann“ für die Hauptanlage nicht die richtige Sportbekleidung, insbesondere kein richtiges Schuhwerk, tragen würde und die Fläche deshalb beschädigt werden könnte. Dies würde vereinslose Sportler ausschließen.

5 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Keine

6 Antrag der CDU-Fraktion "Fläche Rote Berge" vom 153/2018/1 27.08.18

Der Liegenschaftsausschuss diskutiert den Antrag der CDU-Fraktion vom 27.08.2018.

Herr Zachow (Die Linke) erläutert, dass seine Partei grundsätzlich dagegen ist, dass der stillgelegte Sportplatz allein der Dachorganisation der Schwelmer

Nachbarschaften (DACHO) zur Verfügung gestellt wird, weil der Platz für jedermann, insbesondere für vereinsunabhängige Sportaktivitäten, zur Verfügung stehen sollte.

Herr Schwunk (FDP) erläutert den CDU-Antrag insoweit, die Fläche zunächst den Nachbarschaften als Gelände für ihre Bauplätze anzubieten. Diese mögliche Nutzung widerspräche nicht der Nutzung als Sportanlage. Das Gelände sei insgesamt groß genug, dort Sportflächen und Gewerbeflächen unterzubringen. Deshalb sei ein Nutzungskonzept erforderlich.

Herr Lenz (CDU) fragt nach welche Aufwendungen für sportplatzähnliche Nutzung und der Verkehrssicherung etc. entstehen würden. Er sieht dort auf keinen Fall einen etablierten Sportplatz sondern nur eine sportplatzähnliche Nutzung.

Herr Schweinsberg schlägt vor, zunächst die Gespräche mit der DACHO abzuwarten. Die Stadt müsse für die Verkehrssicherheit der Fläche sorgen. Das Gebäude sei nicht mehr nutzbar. Seit dem Beschluss über Kunstrasen seien keine Unterhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt worden.

Herr Lenz (CDU) bittet die Verwaltung, entsprechend der geführten Diskussion zunächst mit der DACHO über eine Mischnutzung zu sprechen.

Frau Kummer-Dörnen (GRÜNE) schließt sich für ihre Partei der Diskussion an, zunächst mit der DACHO zu sprechen und dann weiterzusehen.

Die Ergänzung zum Beschlussvorschlag lautet demnach wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst Gespräche mit der Dachorganisation der Schwelmer Nachbarschaften (DACHO) über eine Nutzung des Sportplatzes für Bauplätze zu führen.

Der als Anlage 1 beigefügte Antrag der CDU-Fraktion wurde mit Vorlage 153/2018 in die Sitzung des Rates am 27.09.2018 eingebracht. Der Rat hat entschieden, den Antrag zur weiteren Beratung in den Liegenschaftsausschuss zu verweisen. Dementsprechend wird der gegenständliche Antrag zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst Gespräche mit der Dachorganisation der Schwelmer Nachbarschaften (DACHO) über eine Nutzung des Sportplatzes für Bauplätze zu führen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

Herr Müller (CDU) fordert, den Spielplatz nicht zu verkaufen, sondern als Reservefläche in Form einer Grünfläche zu erhalten. Deshalb stellt er den Antrag, die Zweckbestimmung „Spielplatz“ im Bebauungsplan Nr. 31 „Hagener Straße“ aufzugeben und die Fläche als Grünfläche zu erhalten. Herr Müller übergibt den entsprechenden schriftlichen Antrag der CDU als Anlage zur Niederschrift.

Frau Burbulla (DIE BÜRGER) ist auch für den Nichtverkauf.

Herr Zachow (Die Linke) ist gegen den Verkauf, weil immer mehr Freizeitflächen verloren gehen. Die Fläche soll als Grünbegegnungsfläche für die Anwohner erhalten bleiben. Er fordert deshalb die Verwaltung auf, den Verkauf der Fläche zu unterlassen und dies auch zu protokollieren. Einen entsprechenden Antrag übergibt er als Anlage zur Niederschrift.

Herr Müller (CDU) sagt, dass sich Anwohner an der Pflege beteiligen wollen.

Herr Philipp (SPD) stimmt dem Antrag der CDU zu und schließt sich diesem an.

Herr Grüntker (CDU) sieht mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundene Risiken.

Herr Schweinsberg kann sich grundsätzlich eine ehrenamtliche Beteiligung vorstellen und spricht diesbezüglich mit TBS. An dieser Stelle würde er aber keine Haftungsfragen geklärt.

Herr Lenz (CDU) schlägt eine Zusammenkunft mit den Bürgern vor, um gemeinsam darüber zu sprechen, wie die frühere Spielplatzfläche weiterentwickelt werden kann.

Herr Schwunk (FDP) schlägt zusammenfassend vor, die notwendigen Dinge nochmal zu überprüfen, auch die Haftungsfragen und die Pflege der Fläche zu klären.

Herr Schweinsberg zieht daraufhin die Vorlage aus der Beratung zurück.

Die CDU kündigt einen Antrag über die weitere Gestaltung der Fläche an, der im nächsten LA in 2019 eingebracht werden soll.

Herr Schweinsberg sichert zu, den jetzt vorliegenden schriftlichen Antrag der CDU allen Fraktionen zur weiteren Beratung zuzusenden.

Herr Zachow erklärt, dass er die zu Beginn der Diskussion gestellte Forderung an die Verwaltung zurücknimmt und dies protokolliert werden soll.

Der Liegenschaftsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Vorlage Nr. 181/2018 aus der Beratung zurückgezogen wurde.

Gemäß Vorberatung in der Sitzung am 29.10.2018 zu Vorlage 156/2018/2 empfiehlt der Liegenschaftsausschuss dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss des Haushaltsansatzes 2019 zur Haushaltsstelle 01.01.13.521505 - "Bauunterhaltung" in Höhe von 1.011.100,-- EUR.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

9 Zentralisierung

Herr Schweinsberg berichtet, dass heute das erste Gespräch mit dem Generalplaner über das Kulturzentrum und das Rathaus stattgefunden habe und dass die Mittelabflussplanung besprochen wurde. Dem Generalplaner wurde aufgegeben, einen Mittelabflussplan vorzulegen, um ihn dem Rat vorzulegen. Aus dem Mittelabflussplan soll hervorgehen, wie die Mittel in 2019, 2020 und 2021 abgerufen werden sollen. Dieser Plan wird über die zweite Änderungsliste in den Etat aufgenommen. Sobald die Verträge unterzeichnet werden, werden der Generalplaner und der Generalunternehmer ihre Pläne vorstellen.

10 Gustav-Heinemann-Schule

Herr Schweinsberg berichtet, dass der EN-Kreis inzwischen mitgeteilt hat, das Gebäude der ehemaligen GHS nicht zu benötigen, weil er sich für die Container-Lösung in Haßlinghausen entschieden hat.

Im Schulausschuss soll nun aus schulfachlicher Sicht besprochen werden, wie es mit dem Gebäude weitergeht. Im Rahmen des Finanzausschusses werden weitere Mittel für Sicherungsmaßnahmen am Gebäude gegen Vandalismus zur Verfügung gestellt.

Herr Schweinsberg bittet die politischen Parteien um einen Hinweis an den Rat der Stadt Schwelm, in welche Richtung das Gebäude der ehemaligen GHS entwickelt werden soll.

Herr Lenz (CDU) kann die Entscheidung des Kreises nicht nachvollziehen und schlägt deshalb vor, zum Beispiel die Grundschule Engelbert in das Gebäude der ehemaligen GHS zu verlagern. Es solle möglichst eine schnelle Entscheidung getroffen werden, damit nicht weitere Schäden am Gebäude entstünden.

Herr Schwunk (FDP) erläutert, dass das Gebäude für eine Oberstufe nicht ausreichend dimensioniert ist. Das Gutachten sagt, dass die Schullösung 4 Mio. Euro teurer sei als die Containerlösung. Perspektivisch soll das Gebäude der ehemaligen GHS bei der Verwendung als Schule verbleiben.

Herr Lenz (CDU) vertritt den Standpunkt, wenn das Gebäude als Schule ertüchtigt würde, bliebe das Geld „erhalten“. Bei der Containerlösung würden die Container

anschließend wieder abgebaut, das Geld wäre verloren. Deshalb hätte der EN-Kreis mit der Stadt Schwelm sprechen müssen.

Herr Schwunk (FDP) hält dagegen, das Gespräch hätte von der Stadt ausgehen müssen, das Gebäude der ehemaligen GHS für die Nutzung durch die Gesamtschule Haßlinghausen zu sanieren, damit es anschließend von der Stadt Schwelm als Schule weiter genutzt werden kann.

Herr Schweinsberg erklärt, dass ein entsprechender Hinweis an den EN-Kreis erfolgt sei, aber es nie eine Reaktion vom EN-Kreis darauf gab bzw. sei der gegebene Hinweis nicht in die Politik eingebracht worden, weil der EN-Kreis nicht darauf reagiert habe.

Herr Schwunk (FDP) gibt zu bedenken, dass das Gebäude der ehemaligen GHS bei einer Sanierung vermutlich erst in 6 Jahren nutzbar sei. Dies würde wiederum für die anstehende Sanierung der Gesamtschule Haßlinghausen zu lange dauern.

Herr Lenz (CDU) vertritt die Auffassung, man müsse dem EN-Kreis anbieten, die Kosten einer Sanierung des Gebäudes der ehemaligen GHS hälftig zu übernehmen.

Herr Schweinsberg erklärt, es stehe der Stadt Schwelm nicht zu, die Entscheidung des Kreises zu kritisieren. Er habe im Sommer 2018 mit dem Kreis gesprochen, aber keine Reaktion von dort erhalten.

Herr Schwunk (FDP) bittet die Verwaltung, sich nochmals an den Kreis zu wenden, die Planung der Sanierung der GHS zu berechnen und die Stadt Schwelm zu beteiligen.

Herr Lenz (CDU) stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, den Kreis anzusprechen, ob eine Sanierung des Gebäudes der ehemaligen GHS unter Beteiligung der Stadt Schwelm möglich ist.

Herr Philipp (SPD) schließt sich diesem Antrag an.

Über den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, den Kreis anzusprechen, ob eine Sanierung des Gebäudes der ehemaligen GHS unter Beteiligung der Stadt Schwelm möglich ist, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

11 Bürgerbudget-Anträge

Herr Schwunk (FDP) legt den FDP-Antrag „Trägerverein“ vom 28.10.2018 vor und erläutert ihn. Das Freibad funktioniere nicht ohne Planschbecken wegen der großen Konkurrenz zu den anderen Bädern im Umkreis. Wenn Familien nicht mehr ins Freibad kämen, käme es zu Einnahmeausfällen. Der Kostenvoranschlag betrüge ca.

26.000 €. Die Haushaltsmittel seien noch dieses Jahr verfügbar. Die finanzielle Situation des Fördervereins sei geprüft worden.

Herr Schier (SPD) ist vom Antrag überrascht und fragt die Verwaltung wie es beim Förderverein aussieht.

Herr Schweinsberg erklärt, dass sich die Bürgermeisterin zum Bürgerbudget im Hauptausschuss äußern wird. Er habe sich persönlich die Folie im Planschbecken angesehen und sie sei tatsächlich so defekt, dass sie nicht mehr instandgesetzt werden kann, sondern erneuert werden muss. Der Kostenvoranschlag von Herrn Siepman läge vor. Eine weitere Firma, die angesprochen wurde, habe abgelehnt. Es gäbe nur die von Herrn Siepman gefundene Firma. Herr Siepman wurde von ihm aufgefordert, kurzfristig einen Bericht zur finanziellen Situation abzugeben. Die Kämmerin hat ihre Zustimmung signalisiert, das Mittel noch in diesem Jahr zur Verfügung zu stellen. Das Verfahren zur Finanzierung soll wie im letzten Jahr durchgeführt werden. Ansonsten gibt die Verwaltung keine weitere Stellungnahme zum Förderverein ab.

Herr Schier (SPD) bittet um Verschiebung der Entscheidung über den Antrag, weil sich seine Partei erst beraten möchte.

Herr Müller (CDU) fragt, ob der Verein die Vorgaben des Pachtvertrages einhält, ob es schon Hinweise auf die finanzielle Situation gäbe. Mehr Gäste müssen mehr Einnahmen bedeuten.

Herr Schwunk (FDP) hält dagegen, dass mehr Gäste auch mehr Aufwand verursachen, so dass der Förderverein kein großes Plus in diesem Jahr gemacht habe. Schlussendlich würden sich Einnahmen und Ausgaben ausgleichen.

Herr Müller (CDU) ist das unklar, wenn mehr Besucher gekommen seien, dann müsse auch unterm Strich mehr Geld eingenommen worden seien. Auch die CDU will den Antrag erst beraten und heute nicht entscheiden.

Herr Lenz (CDU) meint, es handele sich nur um einen Zuschuss der Verwaltung und nicht um Mittel aus dem Bürgerbudget. Der Förderverein soll grundsätzlich weiter unterstützt werden, aber er soll noch immer Bericht erstatten. Der Antrag sei nicht nachvollziehbar, es gäbe keinen geordneten Prozess beim Trägerverein.

Herr Schwunk (FDP) gibt zu bedenken, dass es ohne eine zeitnahe Entscheidung über den Antrag für den Trägerverein schwer wird, weil dann keine Planungssicherheit für die nächste Saison besteht. Wenn die Entscheidung erst im nächsten Jahr fällt, sei es möglicherweise zu spät, Planungen für ein neues Planschbecken aufzunehmen. Der Bericht würde vom Trägerverein im nächsten Finanzausschuss im nicht öffentlichen Teil vorgelegt.

Frau Burbulla (Die BÜRGER) fragt, warum der Antrag nicht schon vorher per Mail versandt worden sei, dann hätte man sich schon damit befassen können. Warum nicht ein Vertreter des Fördervereins anwesend sei und die Interessen des Fördervereins vertreten würde, warum sich stattdessen Herr Schwunk für den Verein so stark macht.

Herr Schwunk (FDP) antwortet, es läge alles den Fraktionen vor.

Frau Kummer-Dörnen (Grüne) ist auch der Meinung von Frau Burbulla.

Herr Grüntker (CDU) fordert, dass für die Entscheidung über den Zuschuss schon ein Bericht vorliegen sollte, und zwar solle dieser zuerst vorliegen.

Herr Schweinsberg erklärt, dass der Antrag hiermit in den LA eingebracht ist und er diesen morgen früh zusammen mit einem Hinweis, wie der LA dazu steht und denkt, an den Sportausschuss weiterleiten wird.

Herr Grüntker (CDU) fragt ob es einen Grund gäbe, dass bis zur nächsten Ratssitzung über den Antrag entschieden sein muss.

Herr Schwunk (FDP) antwortet, die Mittel seien in diesem Jahr noch verfügbar. Es handele sich um eine Investition und nicht um Unterhaltungskosten, deshalb müsse frühzeitig geplant werden.

Herr Grüntker (CDU) betont, dass der LA dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber stehe, aber trotzdem kein Bericht über die finanzielle Situation des Trägervereins vorläge und deshalb könne man nicht einfach über die Mittel entscheiden.

Herr Zachow (Die Linke) regt an, der Verein solle von der Verwaltung schriftlich aufgefordert werden, den Bericht vorzulegen.

Herr Philipp (SPD) schließt sich der Diskussion an.

Frau Kummer-Dörnen (Grüne) fragt nach, ob Frau Grollmann ein Konzept zum Bürgerbudget vorlegen will.

Herr Schweinsberg erklärt, dass die Bürgermeisterin nur Stellung dazu nimmt.

Frau Kummer-Dörnen (Grüne) stellt daraufhin einen Antrag auf ein Konzept.

Der FDP-Antrag „Trägerverein“ vom 28.10.2018 ist in die Sitzung des heutigen Liegenschaftsausschusses eingebracht und beraten. Eine Beschlussfassung erfolgte jedoch nicht.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 11 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 12.03.2019	Vorsitzender gez. Schwunk	Schritfführerin gez. Weiße
-------------------------	---------------------------------	----------------------------------